

Sessionsvorschau



Sommersession 2016
30. Mai bis 17. Juni 2016

„Die Berufsbildung kann sich nur gesamthaft und mit der entsprechenden finanziellen Rückendeckung entwickeln.“

Daniel Jositsch, Ständerat
und Präsident des Kaufmännischen Verbandes

Nationalrat

15.4083 - Mo. Honorierung von Unternehmen, die eine Familienpolitik unterstützen

Empfehlung

Annahme

16.025 - BRG. Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2017-2020

Anpassung

13.3048 - Mo. Gegen die Aufhebung der indirekten Presseförderung ohne glaubwürdige Alternative

Annahme

Ständerat

14.095 - BRG. Bundesgesetz über die Ladenöffnungszeiten

Empfehlung

Ablehnung

16.016 - BRG. Legislaturplanung 2015-2019

Anpassung

16.3044 - Mo. Beseitigung der Heiratsstrafe

Ablehnung

16.3225 - Mo. Einführung eines AHV-Referenz-Alters und dessen Anbindung an die durchschnittliche Lebenserwartung

Ablehnung

Nationalrat / 08.06.2016

15.4083 - Mo. Honorierung von Unternehmen, die eine Familienpolitik unterstützen

Der Kaufmännische Verband empfiehlt die Annahme der Motion – sie unterstützt die Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Um das Potenzial von Fachkräften in der Schweiz möglichst auszuschöpfen, spielt neben der familienenergänzenden Kinderbetreuung die Verbesserung des Angebots an familienfreundlichen Arbeitsbedingungen eine zentrale Rolle. Die Zertifizierung von familienfreundlichen Unternehmen ist eine Möglichkeit, dies zu fördern. Dadurch kann auch ein wichtiges politisches Ziel der Fachkräfteinitiative, die Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, unterstützt werden. Eine zukunftsgerichtete Familienpolitik nimmt für den Kaufmännischen Verband einen bedeutenden Stellenwert ein. Dadurch lässt sich einerseits eine erhöhte Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern erreichen und es ermöglicht andererseits ein volkswirtschaftlich optimales Ausschöpfen des Arbeitskräftepotenzials. Wichtig wäre deshalb, die Auszeichnung nicht nur auf das Thema Familienfreundlichkeit zu begrenzen. In der Ausgestaltung eines solchen Labels müssen weitere Kriterien aus dem Bereich Diversity (u.a. Gleichstellung von Frau und Mann, ältere Arbeitnehmende, Menschen mit Behinderung) berücksichtigt werden, welche die Gleichberechtigung und die Arbeitsmarktintegration in verschiedenen Dimensionen zusätzlich fördern.

Nationalrat / 09.06.2016

16.025 - BRG. Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2017-2020

Der Kaufmännische Verband empfiehlt, die Botschaft anzupassen und den Beitrag zur Förderung der Berufsbildung substantiell zu erhöhen.

Das vom Bundesrat erklärte Ziel, die Berufsbildung in der BFI-Botschaft 2017-2020 zu stärken, wird vom Kaufmännischen Verband begrüsst. Der Bundesrat setzt mit der Stärkung der Höheren Berufsbildung einen Förderschwerpunkt. Das nun beantragte Finanzierungssystem zur Finanzierung von Vorbereitungskursen auf eidgenössische Prüfungen verbessert die Rahmenbedingungen und fördert die Ausschöpfung des inländischen Fach- und Führungskräftepotenzials. Die Anerkennung und die Weiterentwicklung des gesamten Berufsbildungssystems - Grundbildung und Höhere Berufsbildung - sind zentral. Leider gehen die Finanzen nicht in dieselbe Richtung. Im Vergleich mit den anderen BFI-Bereichen verzeichnet die Berufsbildung das geringste Mittelwachstum. Mit der Reduktion der Pauschalbeiträge an die Kantone und der Reduktion der Beiträge für die Entwicklung der Berufsbildung besteht die Gefahr, dass es zu einer Binnenkonkurrenz um die Ressourcen innerhalb der Berufsbildung kommt. Ein Leistungsabbau in der beruflichen Grundbildung, welche 2/3 der Jugendlichen absolvieren, würde die hohen Erwartungen des Bundesrates an die Berufsbildung gefährden. Aus Sicht des Kaufmännischen Verbandes können daher ohne eine deutliche Erhöhung des Bundesbeitrags die vom Bundesrat gesetzten Ziele in der Grundbildung (Weiterentwicklung eines einmaligen Systems wie in der Höheren Berufsbildung, Bekämpfung des Fachkräftemangels) nicht erreicht werden.

Nationalrat / 16.06.2016

13.3048 - Mo. Gegen die Aufhebung der indirekten Presseförderung ohne glaubwürdige Alternative

Der Kaufmännische Verband empfiehlt die Annahme der Motion – sie sichert die Pressefreiheit und unterstützt die Meinungsbildung.

Speziell kleinere Regionalzeitungen aber auch die Mitgliederpresse von Verbänden bekunden zunehmend Mühe, sich aufgrund des immer stärkeren Kostendrucks behaupten zu können. Fällt die Unterstützung des Bundes weg, ist die Vielfalt der Presse gefährdet. Denn die regionale Presse einerseits und die Mitgliederpresse von Verbänden andererseits sind für die Meinungsbildung in einem stark föderalistischen Land wie der Schweiz von grosser Bedeutung und erlauben es auch Minderheiten, sich in die Meinungsbildung einbringen zu können.

Ständerat / 06.06.2016

14.095 - BRG. Bundesgesetz über die Ladenöffnungszeiten

Der Kaufmännische Verband empfiehlt die Ablehnung des Gesetzes – es erhöht unnötigerweise den Druck auf die Arbeitnehmenden.

Durch eine generelle Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten können sich unter den beschäftigten Arbeitnehmenden problematische Arbeitsformen wie Arbeit auf Abruf ausbreiten. Bereits heute wird im Bereich des Detailhandels von den Arbeitnehmenden eine überdurchschnittlich hohe Flexibilität bezüglich des Arbeitseinsatzes gefordert, insbesondere auch von Teilzeitangestellten (kurzfristige Arbeitseinsätze und Einsatzplanung). Mit einer generellen Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten dürfte der Druck auf die Mitarbeitenden noch zusätzlich steigen, was aus Gründen der Arbeitssicherheit, des Gesundheitsschutzes aber auch der Vereinbarkeit von Beruf und Familie abzulehnen ist. Wo regional erforderlich, können bereits heute flexible und sozialpartnerschaftlich gut abgestützte Regelungen für Ladenöffnungsregelungen vor Ort gefunden werden. Die vorgeschlagene nationale Regelung würde im Bereich des Detailhandels zudem den Konzentrationsprozess beschleunigen und zum Verschwinden vieler kleinerer Betriebe beitragen. Viele Kleinbetriebe haben aufgrund der eingeschränkten Personalressourcen keine Möglichkeiten, die Ladenöffnungszeiten generell auszuweiten, wodurch sie einen Wettbewerbsnachteil erfahren würden.

Ständerat / 07.06.2016 (ev. Nationalrat / 13.06.2016)

16.016 - BRG. Legislaturplanung 2015-2019

Der Kaufmännische Verband empfiehlt, gewisse Entscheide des Nationalrates zu korrigieren und gleichstellungspolitische Themen wieder aufzunehmen.

Der Nationalrat hat in der Sondersession die Legislaturplanung 2015-2019 des Bundesrates als Erstrat beraten und dabei wesentliche Anpassungen vorgenommen. Er möchte den Bundesrat bei der Gleichstellung bremsen und hat u.a. dessen Ziele, in der laufenden Legislatur die Aktienrechtsrevision zu verabschieden sowie die Änderung des Gleichstellungsgesetzes durchzuführen, gestrichen. Der Nationalrat setzt damit falsche Prioritäten. Gleichstellungspolitische Fragen, wie z.B. das Thema Lohngleichheit, werden auch weiterhin in der öffentlichen Diskussion eine zentrale Rolle spielen. Die Politik muss dies berücksichtigen. Der Ständerat ist deshalb aufgefordert, den gleichstellungspolitischen Themen die notwendige Priorität einzuräumen und die Änderung des Gleichstellungsgesetzes sowie die Aktienrechtsrevision wieder in die Legislaturplanung aufzunehmen.

Ständerat / 13.06.2016

16.3044 - Mo. Beseitigung der Heiratsstrafe

Der Kaufmännische Verband empfiehlt die Ablehnung der Motion – sie schliesst die Möglichkeit einer Individualbesteuerung aus.

Die heutige Benachteiligung von verheirateten und eingetragenen Paaren gegenüber Konkubinatspaaren im Steuerrecht muss beseitigt werden. Die in diesem Vorstoss geforderte Beseitigung der Heiratsstrafe sieht jedoch nur die Möglichkeit einer gemeinschaftlichen Besteuerung vor. Nach dem Nein zur Volksinitiative „Für Ehe und Familie - gegen die Heiratsstrafe“ wird der Bundesrat zur Beseitigung der Benachteiligung von Ehepaaren bei der direkten Bundessteuer noch in diesem Jahr eine entsprechende Botschaft verabschieden, die verschiedene Modelle prüft und sich nicht nur auf die gemeinschaftliche Besteuerung stützt. Die Botschaft wird auch Vorschläge zur Individualbesteuerung aufnehmen, welche der Kaufmännische Verband unterstützt. Sie hat den Vorteil, dass, je nach Ausgestaltung, die Steuer keinen Einfluss darauf hat, ob jemand heiratet oder nicht und damit nichteheliche Lebensgemeinschaften und Ehepaare steuertechnisch gleichstellt.

Ständerat / 16.06.2016

16.3225 - Mo. Einführung eines AHV-Referenz-Alters und dessen Anbindung an die durchschnittliche Lebenserwartung

Der Kaufmännische Verband empfiehlt die Ablehnung der Motion – sie ist das falsche Mittel, um die Altersvorsorge zu reformieren.

Der Vorschlag eines AHV-Referenzalters, das an die durchschnittliche Lebenserwartung gekoppelt ist, geht in die falsche Richtung. Die steigende Lebenserwartung und die entsprechende Verschiebung innerhalb der Alterspyramide stellt die Vorsorgesysteme unbestritten vor grosse Herausforderungen. Diese werden zurzeit im Rahmen der Reform der Altersvorsorge 2020 diskutiert mit dem Ziel, eine politisch breit abgestützte und finanzierbare Reform zu ermöglichen. Die Reform sieht u.a. ein Referenzrentenalter vor, welches eine Flexibilisierung des Rentenbezugs ermöglicht. Im Gegensatz zu einer Anbindung des Referenzalters an die Lebenserwartung kann dadurch auch vermieden werden, dass gewisse Berufsgruppen benachteiligt würden, die vor allem körperlich anspruchsvolle Berufe ausüben und deren Lebenserwartung deshalb tiefer ist als jene anderer Berufsgruppen. Auch spiegelt der Vorschlag die Realitäten auf dem Arbeitsmarkt nicht wieder, denn für ältere Arbeitnehmende wird es zunehmend schwieriger, bis zum offiziellen Rentenalter erwerbstätig zu bleiben.

Der Kaufmännische Verband ist die grösste Angestelltenorganisation im kaufmännisch-betriebswirtschaftlichen Umfeld und im Detailhandel. Er engagiert sich auf der Basis von Gleichberechtigung und Solidarität für eine fortschrittliche und faire Arbeitswelt und macht dafür auch seinen politischen Einfluss geltend. Er fördert die berufliche Entwicklung seiner Mitglieder mit verschiedensten Dienstleistungen in den Bereichen Beruf und Bildung und vertritt ihre Interessen als Angestellte in diversen Sozialpartnerschaften.



Weitere Auskünfte

Kaufmännischer Verband Schweiz
Stephan Alexander, Wirtschafts- und Sozialpolitik

Direkt +41 44 283 45 78
stephan.alexander@kfmv.ch